

Sessionsinfo der Schweizer Agrarindustrie

November 2022

Wege zu einem nachhaltigen Schweizer Ernährungssystem

Die Weltbevölkerung wächst. Vor wenigen Tagen ist die 8-Milliarden-Marke zum ersten Mal überschritten worden. Schätzungen zufolge werden im Jahr 2050 gut 10 Milliarden Menschen auf der Erde leben. Es müssten also bis zu 70 Prozent mehr Lebensmittel produziert werden, um diese zu ernähren.

Laut aktuellen Berichten der FAO und der WHO, steigt seit einigen Jahren die Zahl der chronisch Unterernährten wieder an, auf nun 800 Millionen Menschen. Damit hungert eine von neun Personen. Neben der humanitären Katastrophe von Unterernährung, Hunger und allfälliger resultierender Migrationsströme sind aber zugleich Übergewicht und Fettleibigkeit weltweit ein Problem: Mehr als 2 Milliarden Erwachsene sind heute übergewichtig, wovon 800 Millionen sogar als fettleibig gelten.

Globale Herausforderung – mit lokalen Auswirkungen

Die Lebensmittelproduktion hat aber nicht nur Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit, sondern zehrt an den natürlichen Ressourcen und trägt erheblich zu den Treibhausgasemissionen bei. Klimawandel, Umweltbelastung sowie auch der Rückgang der biologischen Vielfalt schwächen unser Ernährungssystem zusätzlich, was zu neuen Risiken führt. Diese Probleme treffen die Wirtschaft, die Landwirte, Städte und Regierungen, aber auch uns Konsumentinnen und Konsumenten sehr direkt.

Auch die Schweiz muss sich diesen Herausforderungen stellen. Das Thema Ernährung spielt in der aktuellen Session eine grosse Rolle. Die National- und Ständeräte werden über die zukünftige Ausrichtung unserer Agrarpolitik diskutieren, aber auch über Vorstösse zur Nahrungsmittelsicherheit, zur Förderung der lokalen Produktion sowie zur Verhinderung von Food Waste und Lebensmittelbetrug. Die Industriegruppe Agrar legt gerne dar, wie ein Ernährungssystem ausgestaltet sein müsste, das erschwingliche Nahrungsmittel für alle generiert, ohne zugleich die planetaren Grenzen zu überschreiten.

Ganzheitliche Sicht – Food-Waste und Food-Loss vermeiden

Unser Ernährungssystem soll konsequent nachhaltiger werden und zwar global und in allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit. Das heisst: wirtschaftlich, sozial und ökologisch. So bringt es beispielsweise wenig, wenn wir in der Schweiz die Produktion verringern, um die Umweltbelastung lokal zu reduzieren, dafür aber Lebensmittel mit grösserem ökologischem Fussabdruck aus anderen Teilen der Welt importieren. Zudem fallen über alle Stufen der Lebensmittelkette (Landwirtschaft, Verarbeitung, Detailhandel, Gastronomie und Haushalte) in der Schweiz pro Jahr 2,8 Millionen Tonnen Food Loss und Food Waste an.

Der Anteil der Landwirtschaft an den gesamten Lebensmittelverlusten beträgt circa 10 Prozent. Durch gute landwirtschaftliche Praxis und einen gezielten Pflanzenschutz können Lebensmittelverluste auf dem Feld, in der nachfolgenden Lagerung und in der Verarbeitung deutlich reduziert werden. Verluste durch Schädlinge, wetterbedingte Krankheiten und andere Widrigkeiten können vermindert werden. Die Produktion wird effizienter und die Produkte können zuverlässiger in der vom Markt gewünschten Qualität produziert werden.

Effizienz steigern – Innovation zulassen

Dank Innovationen aus den Bereichen Züchtung, Saatgut, Pflanzenschutz und Digitalisierung schliessen sich Nachhaltigkeit und Produktivität in der modernen Landwirtschaft nicht mehr aus. Wie der Rest der Welt muss sich auch die Schweiz der Herausforderung stellen, ihre landwirtschaftliche Produktivität zu steigern und gleichzeitig den ökologischen Fussabdruck ihrer Nahrungsmittelproduktion zu verringern. Ein solch anspruchsvolles Ziel kann nur durch eine nachhaltige Verbesserung der Effizienz auf dem Feld erreicht werden,

das heisst durch eine Verringerung des Flächenverbrauchs und der Umweltbelastung bei gleichzeitiger Steigerung der Ernteerträge. Die Schweizer Agrarpolitik muss sich an diesem Ziel orientieren.

Die Schweiz kann als einer der wichtigsten Forschungs- und Innovationsstandorte Europas globale Verantwortung übernehmen und sich als Innovationsleuchtturm positionieren. Wir sollten das vorhandene Potenzial und die Möglichkeiten ausschöpfen, um das Ernährungssystem der Zukunft aktiv mitzugestalten. Dazu braucht es solide Grundlagen- und angewandte Forschung sowie technologiefreundliche Rahmenbedingungen, die Innovationen fördern.

Wissenschaftliche Orientierung ins Zentrum stellen

All dies setzt voraus, dass die Wissenschaft auch künftig im Mittelpunkt der politischen Entscheidungsfindung bleibt. Ziel von Regulierungen muss sein, Risiken so klein wie möglich zu halten und gleichzeitig Fortschritt und Innovation zu fördern. Ansonsten werden die berechtigten Ansprüche der Bevölkerung an sichere, gesunde, schmackhafte und erschwingliche Lebensmittel nicht mit den umwelt- und klimapolitischen Zielen vereinbar sein.

Parlamentsgeschäfte

[20.022](#) «Agrarpolitik ab 2022 (AP22+)»

Im Ständerat am 13. Dezember 2022

Empfehlung: Nein zur Erweiterung des Gültigkeitsbereichs des Verbandsbeschwerderechts auf die Zulassung neuer Pflanzenschutzmittel

Begründung:

- Das Parteistellungsrecht der Umweltverbände würde bei der Zulassung neuer Pflanzenschutzmittel im Rahmen der zukünftigen Agrarpolitik (AP22+) ins Gesetz aufgenommen. Was aufgrund eines Bundesgerichtsurteils bereits für die Überprüfung bestehender Pflanzenschutzmittel gilt, könnte auf alle neuen Zulassungen ausgeweitet werden.
- Wir betonen: Mit einer Ausweitung des Verbandsbeschwerderechts würde die Einführung neuer, innovativer und umweltschonenderer Pflanzenschutzmittel unnötig verzögert. Den Landwirten stehen jetzt schon in vielen Kulturen keine Mittel mehr zur Verfügung, um ihre Pflanzen ausreichend zu schützen.
- Der Zulassungsprozess für Pflanzenschutzmittel geht in der Schweiz seit längerer Zeit schleppend voran. Seit der Einführung des Verbandsbeschwerderechts hat sich allerdings die Situation deutlich verschlechtert. Dass das Verbandsbeschwerderecht der Grund einer deutlichen Verschlechterung ist, hält auch der Bundesrat in seiner Antwort zur Interpellation [21.3692](#) "Pflanzenschutzmittel-Zulassung. Verbesserung der Transparenz" fest.
- Gleichzeitig führt der Bundesrat ein weiteres Argument an, welches gegen eine Ausweitung des Verbandsbeschwerderechts auf die Zulassung neuer Pflanzenschutzmittel spricht: Eine derartige Ausweitung habe nämlich keine Auswirkungen auf den Inhalt der Beurteilungsberichte, weil die wissenschaftliche Risikoabschätzung in der Schweiz gemäss international vereinbarten Methoden erfolgt. Somit bleibt der Mehrwert des Verbandsbeschwerderechts bei einem wissenschaftsbasierten und international abgestimmten Prozess wie der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln mehr als unklar. Hingegen bedeutet es für den Prozess und die betroffene Zulassungsstelle einen enormen Aufwand – Verzögerungen sowie ein viel grösserer Ressourcenbedarf sind die Folgen.

Die **Industriegruppe Agrar** vereinigt Spezialisten im Bereich Pflanzenschutz der Unternehmen BASF, Bayer, Leu+Gygax, Omya, Stähler und Syngenta. Die Gruppe setzt sich für innovative und umweltgerechte Lösungen im Bereich Pflanzenschutz ein.